

## Rassismus aus der Mitte der Gesellschaft

Jahr 2015 Europa, im deutschen Bundestag wird über weitere Hilfen für das bankrotte Griechenland diskutiert während überall im Lande kaum noch Platz ist um Flüchtlinge aufzunehmen. Diese werden von den Leuten, welche von privaten Firmen angemietet werden da der Staat mit den Massen an Flüchtlingen überfordert ist, welche für ihre Sicherheit sorgen sollen misshandelt erniedrigt und gequält. Bei der Untersuchung solcher Fälle kommt die rechte Gesinnung dieser Individuen zu Tage, von welcher vor Antritt der Arbeit niemand etwas wusste. Am Beispiel im hamburgischen Stadtteil Harvestehude wo sich Bewohner vehement gegen die Unterbringung von Flüchtlingen in ihrer Nähe wehren ist leider zu sehen was Pegida und Co angerichtet haben.

Die Palette an Gründe reicht von der kapitalistischen Aussage das dies zu einer Wertminderung der Immobilie führe welche nicht tragbar sei bis zu stereotypischen Klischeevorwürfen wie Drogenhandel –missbrauch, Raub körperliche Gewalt und Diebstahl. Seit neuestem zählt auch der Islam zu als Vorurteil dazu. Dies ist nicht nur dem Terror in der Welt geschuldet, welcher mit den Organisationen wie der IS und Boko-Haram es allein schon in die Abendnachrichten schafft, sondern auch Einzeltätern wie in Paris und Kopenhagen. Aber dies fängt alles im eigenen Land doch an wenn Bürger auf die Straße gehen und gegen eine angebliche Islamisierung des Abendlandes protestieren und meinen sich dadurch patriotisch bezeichnen zu können. Pegida ist mehr wie ein Trend. Es ist eine Visualisierung einer Haltung in der Bevölkerung der Bundesrepublik. Gegen diese Haltung muss man vorgehen. Man muss dieses Schüren von Angst, diesem Populismus und der daraus folgenden Polarisierung sowie Lagerbildung solcher Organisationen Einhalt gebieten!

Der Landesbeirat möge folgendes beschließen:

- Der Landesvorstand und der AK Migration & Vielfalt sammeln bestehende Aktionen und Aktionsideen zum Thema Rassismus und Flüchtlinge und stellen diese den Kreisverbänden in einem Aktionskatalog zur Verfügung. Der Landesvorstand unterstützt Kreisverbände bei Bedarf bei der Durchführung.
- Der Landesvorstand veröffentlicht bei passender Gelegenheit eine kurze PM, die sich unabhängig vom NSU-Verfahren mit dem Ressentiments gegenüber Flüchtlingen befasst.